

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/114

18. Juni 1976

Dortmund wird Mannheim bestätigen

-----  
Wahlparteitag im Zeichen der Geschlossenheit der SPD  
Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Die unheilige Rechts-Links-Allianz

-----  
DSU und DKP deckungsgleich im Kampf gegen die Sozialdemokraten

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Schutz des werdenden Lebens verbessert

-----  
Zum Inkrafttreten der Reform des § 218 StGB

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Bundesminister der Justiz und Mitglied des Präsidiums  
der SPD

Seite 5 / 34 Zeilen

Das Trauma der Altkonservativen

-----  
Über das Mißverständnis, die Entspannungspolitik nütze  
einseitig dem Osten

Von Kurt Mattick MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-  
Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 75 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 403  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 80 37 - 30  
Telex: 05 68 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Dortmund wird Mannheim bestätigen  
-----

Wahlparteitag im Zeichen der Geschlossenheit der SPD

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß, was für sie und damit für die Bundesrepublik Deutschland auf dem Spiele steht. Der 3. Oktober 1976 wird viel mehr sein und bedeuten, als eine Wählerantwort auf die freilich sowieso schon entscheidende Frage, ob der Bundeskanzler Helmut Schmidt die sozial-liberale Koalitionsregierung fortsetzen kann. Die Strauß, Dregger, Biedenkopf und mit ihnen der auf Vordermann gebrachte Kohl haben durch eine Fülle von angeblich programmatischen, tatsächlich aber nur noch polemischen Aussagen klar gemacht, daß der 3. Oktober zu einem Schicksalstag in der Geschichte der Bundesrepublik werden muß. Der Wähler wird sich bis dahin voll bewußt werden, daß Stimmen für die heutige Opposition der CDU/CSU die Möglichkeit zu der von ihr beabsichtigten Rundumkehrung des ganzen Bonner Kurses weg von der bewährten und erfolgreichen Stabilitäts- und Aufbaupolitik der unter sozialdemokratischer Führung stehenden sozialliberalen Bundesregierung geben würden und müßten.

Die ebenso törichte wie verlogene CDU/CSU-Parole "Freiheit oder/ statt Sozialismus" kann diesen fundamentalen Tatbestand eines bei einem Oppositionsieg drohenden Rückweges überhaupt nicht berühren oder gar überdecken. Die SPD, zur Er kämpfung und Sicherung der Freiheit gegründet und dafür in über 100 opferreichen Jahren in ständigem Abwehr- und Bodengewinnungseinsatz an vorderster Front, hat es auch im Verständnis der großen Mehrheit der Bevölkerung gar nicht nötig, sich gegen Unterstellungen derart diffamierender Unart zu verteidigen, selbst wenn sich der CDU-Vorsitzende nicht schämt, der SPD wider besseres intellektuelles Wissen und unter Aufspielsätzen seiner angeschlagenen Glaubwürdigkeit in einer neuen Variante zu unterstellen, sie sei "für weniger Freiheit und mehr Sozialismus".

Die SPD wird ihren Dortmunder Wahlparteitag daher auch nutzen, um mit der Beschlußfassung ihres Regierungsprogramms 1976/80 dem deutschen Wählervolk in nüchtern-gechlicher Weise darzulegen, daß die zweite Re-

gierung Schmidt wie bisher Politik zum Nutzen der breitgefächerten Interessen des deutschen Volkes in unserer Zeit machen wird. Die Kanzler-Rede vom Freitag, die das SPD-Programm motivierte, war in ihrer Intensität ein ebenso überzeugender Appell an die Gesamtpartei, wie das die Schlußrede des Parteivorstandes am Samstag sein wird, nämlich alle Kräfte zusammenzurufen, um in unermüdlicher Diskussion allen Mitbürgern zu beweisen, daß das Geschick der Bundesrepublik Deutschland auch in den nächsten vier Jahren am besten bei der SPD-Regierungsführung aufgehoben ist.

Dortmund bekommt unter diesen Umständen eine überragende Bedeutung, der sich gewißlich alle Delegierten bewußt sind. Der Geist von Mannheim, der bei dem letzten ordentlichen Parteitag die Geschlossenheit der größten deutschen Partei demonstrierte, wird auch Dortmund beherrschen und beflügeln. Dieser außerordentliche Wahlparteitag der SPD wird, im Gegensatz zu CDU- und insbesondere CSU-Kongressen, natürlich keine Jubelveranstaltung sein. Die Delegierten werden, in ihrer großen Verantwortung für Volk und Staat, in allem Ernst debattieren und entscheiden. Und dann wird die Partei, im Blick auf den 3. Oktober und die dann folgende neue Regierungszeit, an die Arbeit gehen, an deren Ende eine neue Niederlage des Wahlzweckverbandes Strauß-Kohl und ein neuer Sieg der SPD und der mit ihr verbündeten FDP stehen werden.

An diesem Ausgang wird auch die millionenschwere Materialschlacht nichts mehr ändern können, die die CDU/CSU ab Juli unter Einsatz aller Hilfsvölker von der "Vierten Partei" bis Springer entfesseln will. Der deutsche Wähler ist viel zu intelligent und erfahren, um nicht sorgsam und Überlegen zwischen dem substatanzlosen Papier der Opposition und der Erfolgspolitik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt unterscheiden zu können. Daher werden nach dem 3. Oktober 1976 Helmut Schmidt weiter in Bonn und Helmut Kohl weiter in Mainz regieren.

Erhardt Eckert  
(-/18.6.1976/mie/e/pr)

+ + +

Die unheilige Rechts-Links-Allianz

CSU und DKP deckungsgleich im Kampf gegen die Sozialdemokraten

Von Lothar Schwertz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Gelegentlich trägt doch auch die Pflichtlektüre von fragwürdigen Druckerzeugnissen ihren Nutzen. Dafür ein Beispiel vom 16. Juni 1976. Im unmittelbaren Vorfeld des Wahlparteitages der SPD in Dortmund war an diesem Tag in zwei am äußeren Rande unserer Zeitungslandschaft angesiedelten Produkten folgendes zu lesen:

Auszug A: "In einem Prospekt für die Jungwähler heißt es: 'Wir nehmen Sie als Bürger ernst.' Und daneben wird unter der Überschrift 'Die beste Arbeitsplatzgarantie: eine gute Ausbildung' behauptet, erst durch das liberalsozialistische Berufsbildungsgesetz und eine quasi Vergesellschaftung der Lehrlingsausbildung werde diese Garantie erreicht. Doch selbst die jüngsten Jungwähler werden sich noch erinnern, daß die Ausbildungsplätze sicher waren, bis die Bonner Liberalsozialisten an die Verstaatlichung der Lehrlingsausbildung gingen. 'Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann', nennen die demokratischen Sozialisten dieser Republik auf ihren Faltprospekten den Zustand, in den sie dieses Land gebracht haben. 'Deutschland setzt Maßstäbe' heißt es auf dem geduligen Papier. Wofür Maßstäbe? Für Frauen, für junge Leute, für ältere Mitbürger'. Phrasologie auf sozialistisch."

Auszug B: "Unbeeindruckt von der Tatsache, daß in unserem Land Hunderttausende ohne Arbeit und Ausbildungsplatz sind, Miet- und Preiswucher die arbeitenden Menschen belasten und die Bildungsmisere immer katastrophalere Ausmaße annimmt, rühmt die SPD-Führung mehrmals im Wahlprogramm, daß sie in der Bundesrepublik ein gesellschaftspolitisches 'Modell' geschaffen habe, 'das vielen Menschen als nachahmenswert' gilt und 'das heute in aller Welt als vorbildlich betrachtet wird. .... Ein 'Erfolg' in der Berufsausbildung wird z. B. mit der Formulierung

vorgetäuscht: 'Die Hälfte aller Jugendlichen lernt heute nach modernen Ausbildungsordnungen.' Daß heute ein hoher Prozentsatz von Jugendlichen überhaupt keine Chance hat, nach irgendwelchen Ausbildungsordnungen zu lernen, wird übergangen. Seitenweise wiederholt die rechte SPD-Führung die Versprechungen aus den vorangegangenen Wahlprogrammen: Arbeit für alle, sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche, dauerhaften Wirtschaftsaufschwung, Stabilität der Preise. Den Weg zur Verwirklichung läßt sie jedoch völlig im dunkeln. Zeugt die Wiederaufzählung unrealistischer Versprechungen nicht davon, daß man zur Täuschung der Wähler von Alternativen zwar redet, aber in Wirklichkeit keine hat?"

Diese beiden Versuche, die Realitäten in der Bundesrepublik Deutschland zu verfälschen und damit die großen Leistungen der sozial-liberalen Koalition herunterzumachen, sind nach Inhalt und Methode fast deckungsgleich. Im Falle A ist der Text in der jüngsten Ausgabe des CSU-Zentralorgans "Bayernkurier", im Falle B im Zentralorgan der DKP "Unsere Zeit" vom letzten Mittwoch nachzulesen.

Die Rechts- und die Linksaußen der deutschen Politik finden sich wieder einmal in der Gemeinsamkeit des demagogischen Feldzuges gegen die deutsche Sozialdemokratie. Peinlich für die Akteure, aber gewiss nicht traurig für die Sozialdemokraten und die von ihnen geführte Bundesregierung. Wird doch hier eine unhellige Allianz deutlich, die die Absurdität und den ebenso gespenstigen wie verleumderischen Charakter der gegen die SPD gerichteten Wahlkampfparole der CDU/CSU "Freiheit statt/oder Sozialismus" enthüllt.

Diese Begleitmusik zum Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokraten verdient die Aufmerksamkeit der Bürger und Wähler. Die Nachdenklichkeit kommt dann sicher von selbst. (-/18.6.1976/mie/s/pr)

+ + +

Schutz des werdenden Lebens verbessert

Zum Inkrafttreten der Reform des § 218 StGB

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des Präsidiums der SPD

Am kommenden Montag, dem 21. Juni 1976, tritt das Fünfzehnte Strafrechtsänderungsgesetz - die Reform des § 218 StGB - in Kraft. Damit wird nach jahrelanger, von großem Ernst gekennzeichneter Diskussion auf einem wichtigen Lebensgebiet endlich wieder Rechtsfrieden und Rechtssicherheit einkehren. Die Neufassung des § 218 löst eine Norm ab, die schon längst jeden Einfluß auf die Lebenswirklichkeit verloren hatte. Eine Norm, die zum Zufallsstrafrecht denaturiert war und die starr mit Strafe und Ächtung dort drohte, wo nur Hilfe und Rat die Mutter auf den Weg der Vernunft führen konnte. Deshalb verfehlte gerade die alte Vorschrift ihren vorgedachten Zweck, ungeborenes Leben zu schützen, vollständig.

Das neue Gesetz entspricht dem Streben nach einem besseren, wirksameren Lebensschutz: Es ignoriert nicht die Not- und Konfliktslage, in der sich eine schwangere Frau befinden kann, sondern eröffnet ein praktikables Verfahren zur Wartung dieser Situation und zur legalen Beendigung der Konfliktslage in den Fällen, in denen von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft auch unter Würdigung des Lebensrechts des Ungeborenen nicht verlangt werden kann. Die Reform stellt deshalb Rat und Hilfe für die Schwangere in den Vordergrund. Vielen unserer Mitbürgerinnen steht künftig die Chance offen, sich leichter aus seelischer und körperlicher Bedrängnis und Not zu lösen und sich für das Leben ihres Kindes zu entscheiden, wo sie bisher aus Furcht vor Strafe oder Schande keinen anderen Ausweg als den Gang zum Kurpfuscher fanden.

Die ursprünglich vorgeschlagene Beratungs- und Fristenlösung war am Bundesverfassungsgericht gescheitert. Die nunmehr Gesetz gewordene Beratungs- und Indikationslösung soll das nach dem Urteil bestmögliche Maß an Schutz und Hilfe für das ungeborene Leben und die Mutter gewährleisten. Dieser Absicht des Gesetzgebers wird die von katholischer Seite geübte Kritik in keiner Weise gerecht. Eine Kritik übrigens, die auch die Opposition trifft, deren Vorschläge sich letztlich nur noch beim Beratungsverfahren und der Arztwahl von den Koalitionsvorstellungen unterscheiden haben. Der Gesetzgeber hat mit dieser Reform nicht über das Recht auf Leben verfügt, sondern dessen Schutz effektiver, wirklichkeitsorientierter, menschlicher gestaltet.

(-/18.6.1976/ve/pr)

+ + +

### Das Trauma der Altkonservativen

---

Über das Mißverständnis, die Entspannungspolitik nütze einseitig dem Osten

Von Kurt Mettich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

In der WEU-Versammlung in Paris gab es in dieser Woche einen besonders delikaten Streit. Sir Frederick Bennett, Abgeordneter der britischen Konservativen Partei, legte der Versammlung einen Bericht vor, in dem die konservative Krankheit mit aller Wucht zum Durchbruch kam, nämlich der Defätismus vor dem ideologischen Kampf der Kommunisten im westlichen Lager und die Sorge vor einer Beschwichtigungspolitik der "westlichen Dekadenz."

Bennett schlußfolgerte, daß das Konzept der Entspannungspolitik eine gefährliche Demobilisierung in Europa zur Folge hat und daß die jetzt im Westen praktizierte Entspannung vieles mit der Beschwichtigungspolitik zur Zeit des Münchener Abkommens 1938 gemein habe. Da der Bericht wahrscheinlich bald beiseite gelagt wird, bedürfte es keiner Aufregung unsererseits über das Maß an geschichtlicher Unkenntnis des Herrn Bennett, wenn nicht die Vertreter der bundesdeutschen Opposition in dieser Geschichteauslegung ihren Aufhänger gefunden hätten. Sie bauten die Theorie Bennetts in der Sinne aus, daß ihrer Meinung nach das westliche Lager die Beschwichtigungspolitik à la München 1938 mit der KSZE wieder aufnehme.

Es fehle - so meinen die Konservativen uns heute verhalten zu müssen - dem Westen die Fähigkeit, sich gegen den ideologischen Fortsetzungskampf der Kommunisten zur Wehr zu setzen. Man lasse sich durch die Politik des Abbaus von Spannungen genau in die Kapitulationslage hineinmanövrieren wie schon einmal im Jahre 1938. Da wir davon ausgehen können, daß mindestens einige Vertreter der Opposition aus eigenem Erlebnis die entscheidende Differenz zwischen damals und heute kennen, liegt diesen Aussagen eine absichtliche Irreführung der öffentlichen Meinung zugrunde, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen.

Was sieht denn heute anders aus als 1938? Es gibt eine NATO, die die Zielvorstellung hat, dem Gegner, in diesem Falle der Sowjetunion und dem Ostblock, militärisch so ebenbürtig zu sein und dadurch so viel Sicherheit

zu gewährleisten, daß es keine einseitige Erpressung gibt. Wir haben es mit einem Gleichgewicht der Kräfte zu tun und alle echten Aussagen über den wirklichen Stand und die Qualität der Ausrüstung sowie der militärischen Stärke, alle echten Zahlen unserer Regierungen machen deutlich, daß das Unken von der gefährlichen Überlegenheit der Sowjetunion und des sojetischen Blocks falsch ist. Die NATO als Ganzes ist in Ordnung. Wir wissen, daß die Amerikaner in diesem Jahr mehr für die Sicherheit des Bündnisses ausgeben als im letzten Jahr, und auch die Bundesrepublik hat alle ihre Pflichten erfüllt. Amerika und Europa haben gemeinsam mit der NATO ihre Politik auf die Gewährleistung der militärischen Sicherheit aufgebaut. Dabei soll es auch bleiben.

Das Bündnis hat sich 1967 im Harmel-Bericht einen neuen Auftrag gegeben. Darin heißt es: "Unter diesen Umständen werden die Bündnispartner zur Sicherung des Gleichgewichts der Streitkräfte das erforderliche militärische Potential aufrechterhalten und dadurch ein Klima der Stabilität der Sicherheit und des Vertrauens schaffen. In diesem Klima kann die Allianz ihre zweite Funktion erfüllen: die weitere Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhafte Beziehungen, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden können. Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar. Die kollektive Verteidigung ist ein stabilisierender Faktor in der Weltpolitik." Es ist davor zu warnen, eine defensive Politik in der KSZE als Gesundungsfaktor oder als zum Aufrütteln geeignet anzusehen. Wofür denn eigentlich? Ist denn die KSZE nicht eine offensive Position des Westens?

Wenn wir fragen, was nach zehn Monaten das bisherige Ergebnis der KSZE ist, wenn wir feststellen wollen, was sich in dieser Zeit entwickelt hat, kann man nicht bestreiten, daß Bewegungen im Gange sind, - vielleicht nicht so viele, wie manche erhofft haben, und nicht so viele, wie manche absichtlich in illusionärer Weise angekündigt hatten, um hinterher um so leichter beweisen zu können, daß alles nicht so ist, wie wir geglaubt haben. Aber diejenigen, die mit sachgerechten und realitätsbewußten Vorstellungen an den Prozeß der Entspannung herangegangen sind, wissen, daß es für die Sowjetunion und für den Warschauer Pakt nicht nur schlechten Willen gegeben hat, sondern auch sehr viele Schwierigkeiten, das zu erfüllen, was wir insbesondere im Hinblick auf Korb III in der KSZE-Schlußakte erreicht haben.

Wir müssen die Instrumente, die uns die KSZE-Schlußakte und alle anderen bilateralen und multilateralen Verträge im Rahmen der Entspannungspolitik bieten, mit der nötigen Umsicht und Intensität nutzen, um praktische Ergebnisse zu erzielen. Dies ist uns bisher schon in einem - wenn auch bescheidenen - Umfang gelungen. Es kommt jetzt darauf an, diese Politik erfolgreich fortzusetzen, nicht sie umzukehren. (-/18.6.1976/mie/s/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller